

II- 8903 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 4361 /J

1993 -02- 26

A N F R A G E

der Abgeordneten Parnigoni
und Genossen
an den Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten
betreffend Abfertigungsbestimmungen in Saisonbranchen

Im Arbeitsübereinkommen zwischen der Sozialistischen Partei Österreichs und der Österreichischen Volkspartei über die Bildung einer gemeinsamen Bundesregierung für die Dauer der XVIII. Gesetzgebungsperiode des Nationalrates wird unter anderem im Bereich "Arbeit und Soziales" auch auf Abfertigungsfragen in Saisonbranchen eingegangen. Gespräche über eine Änderung dieser Abfertigungsbestimmungen werden dabei in Aussicht genommen.

Gerade im Bereich der Tourismuswirtschaft stellt eine sozial ausgewogene Schaffung von mit anderen beruflichen Tätigkeiten vergleichbaren Abfertigungsbestimmungen ein wichtiges soziales Anliegen dar. Es ist nicht zu rechtfertigen, eine bestimmte Gruppe von Werktägigen, welche ohnehin zumeist unter erschwerten Arbeitsbedingungen zu leiden hat, von einer wichtigen sozialen Errungenschaft auszuschließen, die praktisch allen anderen Arbeitnehmern zukommt. In diesem Sinne wurde in letzter Zeit auch wieder die Diskussion über die Bildung einer Abfertigungskasse für Saisonbeschäftigte intensiviert. Zeitungsmeldungen zufolge steht der Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten einer derartigen Abfertigungskasse aber ablehnend gegenüber. In der ÖGZ vom 15.1.1993 wird Bundesminister Schüssel dazu wie folgt zitiert: "Man darf den Betrieben, die noch die 5-Tage-Woche zu verkraften haben, jetzt nicht schon wieder neue Belastungen aufbürden".

Die unterzeichneten Abgeordneten richten an den Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten daher nachstehende

Anfrage:

1. Entsprechen die Pressemeldungen der letzten Zeit, nach denen Sie einer Abfertigungskasse für Saisonbeschäftigte im Tourismus ablehnend gegenüberstehen, den Tatsachen?

2. Sind Sie bereit, in Ihrem Ressort die notwendigen Schritte in die Wege zu leiten, um das Regierungsübereinkommen auch in diesem wichtigen Punkt zu erfüllen?
3. Wenn nein, warum nicht?
4. Wenn ja, wann werden Sie diese Schritte setzen und wie werden diese im Konkreten aussehen?
5. Verfügen Sie bereits über Berechnungen, wie hoch die Kosten der Errichtung einer derartigen Abfertigungskasse geschätzt werden können?
6. Wenn ja, auf welchen Annahmen beruhen diese Schätzungen?